

# BBU Verbandstag: Sechs Forderungen an die Politik

Anlässlich seines 105. Verbandstages am 2. und 3. November im Berliner Estrel-Hotel richtet der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) sechs Forderungen an Bundes- und Landespolitik. Unter dem Motto „Neue Köpfe für neue Zeiten“ steht die Anerkennung der vielfältigen Leistungen der Wohnungsunternehmen auf wirtschaftlichem, sozialem, klimapolitischem und städtebaulichem Gebiet im Mittelpunkt.

„Die Wohnungswirtschaft ist ein ökonomisches Schwergewicht“, unterstrich BBU-Vorstandsmitglied Maren Kern vor rund 400 Gästen aus Mitgliedsunternehmen, Politik und Wirtschaft, unter ihnen auch die Berliner Senatorinnen Ingeborg Junge-Reyer und Gisela von der Aue, Brandenburgs Infrastrukturminister Reinhold Dellmann sowie der SPD-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Michael Müller. Mit einem Anteil an der Bruttowertschöpfung von zwölf Prozent sei das ökonomische Gewicht der Wohnungswirtschaft dreimal so hoch wie das des Fahrzeugbaus. Das müsse die Politik anerkennen und danach handeln.

*Unter dem Dach des BBU sind 365 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften der Länder Berlin und Brandenburg vereint. Die BBU-Mitgliedsunternehmen bewirtschaften gut 1,1 Millionen Wohnungen. Das sind über 40 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin und fast 50 Prozent der Mietwohnungen im Land Brandenburg.*

## **Städtebauförderung und Stadtumbau Ost verstetigen**

Für Städtebauförderung und das Stadtumbau-Ost-Programm bedeute dies, dass sie auf eine nachhaltige Finanzbasis gestellt werden müssten. Dringend erforderlich sei außerdem die Fortschreibung der Altschuldenthilferegelung. Kern: „Lebenswerte und lebensfähige Zentren sind die Grundlage einer prosperierenden Wirtschaft. Wer hier jetzt spart, bremst den Aufschwung“.

## **Klimaschutz und energetische Modernisierung: Vorfahrt für Freiwilligkeit**

Beim Klimaschutz müsse weiterhin auf Freiwilligkeit gesetzt werden. Kern: „Die vom BBU initiierten Klimaschutzabkommen zwischen Wohnungsunternehmen und Land Berlin sind sehr erfolgreich. Auf ihrer Grundlage werden 2009 und 2010 weitere 56.000 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart“. Zwangsmaßnahmen seien vor diesem Hintergrund unnötig, in der Regel unwirtschaftlich und führten zu steigenden Mieten.

## **Mieten: Keine weitere Politisierung, keine Begrenzung**

Der BBU erteile jeder Bestrebung in Richtung auf eine Begrenzung von Neuvertragsmieten, einer weiteren Beschneidung der Mieterhöhungsspielräume oder einer Politisierung von Mietspiegeln eine entschiedene Absage. Kern: „Die Mieten von heute sind die Investitionen von morgen. Wer diesen Zusammenhang missachtet, untergräbt die Zukunftsfähigkeit von Wohnungsunternehmen, Wohnungsbeständen und Bauwirtschaft“.

## **Faire Lösungen für die Wohnraumversorgung einkommensschwacher Haushalte**

Für die zunehmende Problematik der Wohnraumversorgung einkommensschwacher Haushalte mahnte Kern Nachhaltigkeit an. Notwendig sei eine Lösung für die Sozialwohnungen in Berlin und Brandenburg. In Berlin sei die Anpassung der AV Wohnen überfällig, während im Land Brandenburg klare Bearbeitungsrichtlinien bei den Kosten für Unterkunft und Heizen erforderlich seien.

## **Genossenschaftliches Wohnen stärken**

Mit Blick auf die Wohnungsgenossenschaften gab Kern der Politik auf, diese besondere Wohnform zu stärken. Die vielfältigen Leistungen, die sie bei der Stabilisierung und Sicherung guter Nachbarschaften erbrächten, würden von der Politik oft nicht ausreichend anerkannt. Kern: „Das muss sich ändern“.

**Dr. David Eberhart**

[www.bbu.de](http://www.bbu.de)